



# DAS ROTE TUCH

## BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

5. Juli 2024  
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

### Ihr Profitsystem macht unser Leben unsicher, nicht die Migranten!

Gerade bringt die Ampel-Regierung einen drastischen Angriff gegen uns alle auf den Weg: ihre „Krankenhaus-Reform“. Wenn diese Pläne durchkommen, werden bald reihenweise Stationen und Krankenhäuser geschlossen. Als wären die Krankenhäuser nicht schon genug zusammengespart!

In NRW hat jede Klinik sogar schon eine Schließungsliste bekommen. Danach sollen viele OPs und Behandlungen nur noch in halb so vielen Krankenhäusern wie bisher angeboten werden.

Wie viele gesundheits-, wenn nicht gar lebensgefährliche Folgen werden die längeren Wege und Wartezeiten, verspäteten Operationen und überlasteten Stationen haben?

Und es geht weiter. 2025 will die Regierung den Konzernbossen noch mehr Subventionen schenken und noch mehr für Aufrüstung und Waffenlieferungen ausgeben. Welche Sparmaßnahmen werden damit auf uns zukommen?

All diese Angriffe passieren still und leise. Denn die Oppositionsparteien CDU und AfD wettern zwar immer, dass man etwas gegen die „wachsende Unsicherheit in diesem Land“ tun müsse. Doch diese ganz reale Gefährdung unserer Sicherheit stört sie nicht. Im Gegenteil, die CDU unterstützt die Krankenhausschließungen sogar.

Die Unsicherheiten, die tatsächlich unser Alltagsleben vergiften, spielen für sie gar keine Rolle: Die Sorge, wegen all der Sparmaßnahmen einer gefährlich schlechten Versorgung in Klinik oder Altenheim ausgeliefert zu sein. Die Unsicherheit auf der Arbeit wegen all der Maßnahmen, mit denen die Unternehmer ihre Profite steigern: die steigende Zahl an Entlassungen, den wachsenden Druck auf kranke Kolleg\*innen, die niedrigen Löhne und dadurch nicht mehr bezahlbaren Rechnungen...

Über all diese Angriffe wird kaum gesprochen – zur großen Freude der Kapi-

talisten, die so ungestört immer reicher werden. Stattdessen lenken CDU und AfD die Aufmerksamkeit immer nur auf ein Thema: die Migration. Und mittlerweile versuchen es die Ampel-Parteien mit derselben Methode. Es ist ein regelrechter Wettbewerb entstanden, wer als erster die nächste widerliche Maßnahme gegen Migranten vorschlägt.

So diskutiert jetzt Kanzler Scholz ernsthaft darüber, Asylbewerber aus Deutschland in Länder wie Ruanda zu deportieren und sie dort für die Zeit ihres Verfahrens in Lager zu stecken.

Und die Innenministerin will (selbst seit Jahrzehnten hier lebende) Migranten einfach ohne Gerichtsverfahren abschieben, wenn sie bei Facebook oder X einen „Like“ bei einem – in den Augen der Regierung – falschen Kommentar zum Beispiel zur Unterstützung der Palästinenser machen. Das nennt sie zynisch Terrorismus-Bekämpfung.

Um nicht zurückzustehen, verlangen CDU- und CSU-Politiker nun, das Recht auf Bürgergeld für Ukrainer\*innen abzuschaffen. Einige fordern sogar, sie sofort in die Ukraine abzuschicken, wenn sie keine Arbeit finden konnten – zum Beispiel, weil sie keinen Sprachkurs oder keine Kinderbetreuung bekommen haben oder ihre Ausbildung nicht anerkannt wird.

Sie behaupten, all das wäre in unserem Interesse. Doch sollen wir ernsthaft glauben, das (wenige) Geld, was sie ukrainischen oder anderen Geflüchteten wegnehmen, würde der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland zugutekommen? Natürlich nicht. Auch dieses Geld würde wieder auf die Konten der Reichen, der Konzernbesitzer wandern. Wenn ein Teil der Arbeiterklasse noch mehr unterdrückt und verfolgt wird, hat dies noch nie die Lage der übrigen Arbeitenden verbessert, im Gegenteil.

Je weniger Rechte unsere Kolleg\*innen anderer Herkunft haben, desto schwerer wird es für uns Arbeitende, uns gemein-

sam zu wehren – und desto einfacher können die Unternehmer und die Regierung unser aller Bedingungen verschlechtern. Umso mehr, da wir heute ohnehin schon so gespalten sind!

Wenn zum Beispiel Ukrainer\*innen Angst haben müssen, wieder in den Krieg zurückgeschickt zu werden, falls sie ihren Job verlieren – dann ist es viel schwerer für sie, sich auf der Arbeit nicht alles gefallen zu lassen und sich zu wehren. Und was bewirkt es wohl, wenn Arbeitenden mit sofortiger Abschiebung gedroht wird, falls sie eine falsche politische Äußerung machen?

Auch Kriminalität und Terror werden dadurch nicht bekämpft, im Gegenteil. Die Kriminalität kann doch nur größer werden, wenn durch all ihre Maßnahmen noch mehr Menschen in Armut und unsicheren Verhältnissen leben.

Und gerade mit ihrer zunehmenden Hetze und Feindseligkeit gegen Muslime treiben AfD und Co. die nächsten jungen Leute in die Arme der Islamisten... deren Anschläge wiederum die Rechtsradikalen stärken. Es ist ein Teufelskreis, der uns alle gefährdet – und den wir Arbeitenden durchbrechen müssen!

Egal ob wir seit 100, seit 10 oder seit 1 Jahr in Deutschland leben, wir alle sind der täglichen Unsicherheit ausgeliefert: der Angst um den Arbeitsplatz, dem zu niedrigen Lohn, der Versorgung im Alter. Und auch der Unsicherheit unserer Zukunft angesichts zunehmender Aufrüstung und Kriege und der wachsenden Bedrohung durch den Klimawandel.

Wenn wir dagegen etwas unternehmen wollen, müssen wir wieder lernen, als Arbeiterklasse zusammenzuhalten. Denn gemeinsam haben wir eine große Macht. Sie ermöglicht uns, für unsere Interessen zu kämpfen – gegen die Kapitalisten und all ihre Parteien, deren System für die Abwärtsspirale und die bedrohliche Entwicklung weltweit verantwortlich ist – und so der Menschheit eine andere Perspektive zu eröffnen.

## Türkei: Pogrome gegen syrische Flüchtlinge, angefacht von Wirtschaftskrise und demagogischen Politikern

In den letzten Tagen gab es in mehreren Gegenden der Türkei Ausschreitungen gegen syrische Flüchtlinge.

Ein Vorfall mit einem syrischen Mann, der wohl ein Kind belästigt hat, verbreitete sich in den sozialen Medien und brachte eine ohnehin schon brodelnde Stimmung zum Kochen. In mehreren Städten zogen Gruppen durch die Straßen. Sie riefen: „Wir wollen keine Syrer mehr, wir wollen keine Flüchtlinge mehr“ und zündeten Geschäfte, Wohnungen und Autos von Syrern an. Ein 15jähriger Syrer wurde niedergestochen.

In der Türkei leben über 3,6 Millionen syrische Flüchtlinge, sehr viel mehr als in Deutschland. In den letzten Jahren verschlechtert sich die Stimmung ihnen gegenüber zusehends – vor allem aufgrund der immer schlimmer werdenden Wirtschaftskrise.

Denn diese treibt immer mehr Menschen in der Türkei in Armut und Existenznot. Die Preise sind unfassbar gestiegen. Wohnungen sind kaum noch bezahlbar. Der Lohn reicht kaum noch für das Nötigste, die Rente noch weniger. Viele Rentner müssen rechnen, wie viele Zwiebeln oder Tomaten sie auf dem Markt kaufen können, von allem anderen ganz zu schweigen.

Dann kam noch das Erdbeben im Südosten der Türkei – genau der Region, in der auch die allermeisten Flüchtlinge wohnen. Viele Familien haben noch immer keine neue Wohnung. Die staatliche Hilfe für Erdbebenopfer hat ihnen

geholfen, über den Monat zu kommen. Doch kurz vor den Ausschreitungen hat die Regierung ihnen per SMS (!) mitgeteilt, dass diese Hilfe ab Juli gestrichen wird.

und angeheizt – allen voran sogar von der größten linken Oppositionspartei, der CHP! Diese Partei, die auch von der deutschen Regierung unterstützt wird, klagt seit Jahren Erdogan dafür an, dass dieser die Flüchtlinge ins Land gelassen hat. Die CHP hat Proteste gegen Syrer oder gegen ihre Geschäfte organisiert und im letzten Wahlkampf offen verkündet: Sollte sie gewinnen, würde sie alle syrischen Flüchtlinge aus der Türkei vertreiben.

Mit ihrer Stimmungsmache ist sie mit dafür verantwortlich, wenn ein wachsender Graben aus Hass und Blut zwischen türkischen und syrischen Arbeitenden entsteht.

Dabei sind die syrischen Flüchtlinge genau wie die türkische arbeitende Bevölkerung Opfer der Teuerung, von Wohnungsmangel, von überfüllten Schulklassen. Sie bekommen eher noch schlechtere Arbeiten, meist nur Schwarzarbeit, mit der sie sich kaum über Wasser halten können. Sie sind wirklich nicht die Ursache der sozialen Probleme, im Gegenteil.

Eigentlich wären türkische und syrische Arbeitende natürliche Verbündete, um sich gegen die Reichen und die Regierung zu wehren, die in Wahrheit maßgeblich für das Elend verantwortlich sind. Und die jüngsten Ereignisse machen auf erschreckende Weise deutlich, wie wichtig es ist, dass politische Aktivisten wieder in diesem Sinn in der Arbeiterklasse aktiv werden – in der Türkei wie auch bei uns.



In der immer verzweifelteren Lage hat sich das Gefühl verbreitet: „Die Flüchtlinge bekommen alles, wir bekommen nichts.“ Was natürlich nicht stimmt. Schon vor den jetzigen Ausschreitungen kam es immer häufiger zu Angriffen auf syrische Flüchtlinge.

Diese Stimmung wird von den Politikern verschiedener Parteien gezielt geschürt

### Assange: endlich frei, aber eine Warnung an Alle

Der Journalist Julian Assange ist nach 13 Jahren endlich frei. Er hatte es gewagt, die Kriegsverbrechen der USA in Afghanistan und im Irak öffentlich zu machen. Doch dafür drohte ihm in den USA... 175 Jahren Haft.

Sieben Jahre hat er daher als politischer Flüchtling in einem Raum der Londoner Botschaft von Ecuador verbracht, anschließend fünf Jahre in einem britischen Gefängnis. Auch jetzt ist er nur freigekommen, weil er sich schuldig bekannt hat, gegen das US-Spionagegesetz verstoßen zu haben – obwohl er nichts getan hat. Die einzigen Verbrecher sind die USA, die alle mundtot zu machen versuchen, die ihre Gräueltaten aufdecken – und all die selbsterklärten demokratischen Länder wie Deutschland, die Assange ausliefern wollten und so den USA geholfen haben.

Kriege und die damit immer verbundenen Kriegsverbrechen werden weiter zunehmen – auch von unseren eigenen Staaten und ihren Verbündeten. Assange jahrelang zu jagen und ihn auch jetzt nicht ohne Schuldbekennnis laufen zu lassen ist auch eine Botschaft der westlichen Staaten an alle Journalisten, was ihnen blühen kann, wenn sie ihre künftigen Kriegsverbrechen öffentlich machen.

## Israel/Hisbollah: Vom Massaker in Gaza zum nächsten Krieg im Libanon?

Die israelische Armee hat bereits 40.000 Palästinenser getötet – die Mehrheit von ihnen Kinder – und hat den Gazastreifen in Schutt und Asche gelegt. Und nun droht Präsident Netanjahu der Hisbollah im Libanon mit einem „totalen Krieg“ – und Außenminister Gallant damit, den Libanon „in die Steinzeit“ zurück zu bomben.

Seit langem gibt es einen Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah-Miliz, einer Verbündeten des Iran. Doch beide Seiten haben immer darauf geachtet, keine größere Eskalation zu provozieren. Nun aber gerät Präsident Netanjahu wegen seiner Kriegsführung in Gaza und den noch immer nicht befreiten Geiseln immer mehr unter Druck. Am 22. Juni demonstrierten bereits 150.000 Israelis in Tel Aviv und forderten seinen Rücktritt.

Seine einzige Chance besteht darin, dass der Krieg weiter geht und die Bevölkerung dadurch in Angst gehalten wird. Daher scheint Netanjahu entschlossen, den Konflikt mit der Hisbollah auszunutzen, um im Süd-Libanon eine zweite Front zu eröffnen – eifrig unterstützt von den Ultra-Rechten in seiner Regierung.

Seit einigen Wochen verlegt die israelische Armee immer mehr Truppen an die Grenze und greift immer mehr Ziele im Libanon an. Die Hisbollah reagiert ihrerseits mit vermehrten Angriffen. Auf beiden Seiten mussten bereits viele Familien ihr Zuhause verlassen und fliehen. Wie weit wird die israelische Regierung die Eskalation vorantreiben – und welche Folgen wird dies sonst noch im Nahen Osten haben, der ohnehin schon ein Pulverfass ist?

Die USA und die EU sind nicht begeistert von Netanjahus Spiel mit dem Feuer und mahnen zur Zurückhaltung. Doch Netanjahu weiß: Wenn es drauf ankommt, werden die westlichen Großmächte die israelische Regierung – auch militärisch – weiter unterstützen, selbst wenn diese einen Flächenbrand provoziert. Das haben die USA wie auch die deutsche Regierung bei der kurzen militärischen Auseinandersetzung zwischen Israel und dem Iran im April bereits bewiesen.

Denn Israel ist und bleibt ihr wichtigster Verbündeter in dieser so wichtigen Region. Die westlichen Großmächte können nicht zulassen, dass Israel geschwächt wird. Daher unterstützen sie das Regime... um jeden Preis.

Diese imperialistische Machtpolitik ist die eigentliche Ursache für die explosive Lage im Nahen Osten. Nach dem Motto *Teile und Herrsche* haben die kapitalistischen Großmächte seit hundert Jahren dort die Völker gegeneinander aufgehetzt. Dieses weltweite, kapitalistische Unterdrückungsregime zu beenden, ist die einzige Chance auf Freiheit und Frieden, im Nahen Osten und weltweit.

## Iran: Die Waffe der Arbeitenden ist der Streik

Im Iran haben über 20.000 Arbeiter aus 100 Subunternehmen der Öl- und Gasindustrie Streiks begonnen.

Sie arbeiten auf den Öl- und Gasfeldern unter sehr harten Bedingungen. Teilweise sind sie auf den Feldern Temperaturen von über 50 Grad ausgesetzt. Und ihre Unterbringung in nicht gekühlten Schlafsälen ohne Badezimmer ist katastrophal.

Sie fordern bessere Löhne, Unterkünfte und Verpflegung, unbefristete Arbeitsverträge direkt beim staatlichen Ölunternehmen und nicht bei den mafiösen Subunternehmen und ein Schichtmodell, bei dem sie 14 Tage arbeiten und dann 14 Tage frei haben, um nach Hause fahren zu können. Sie haben den Mut zu streiken, obwohl dies verboten ist, obwohl sie ihren Job riskieren sowie Repressionen durch die brutalen Sicherheitskräfte.

Derzeit wird im Iran der neue Präsident gewählt. Die Bevölkerung soll über „die Zukunft des Landes“ entscheiden – mit einer „Wahl“ zwischen wenigen, sorgfältig ausgesuchten regimetreuen Kandidaten. Die derzeitigen und zukünftigen Streiks der Arbeitenden werden sehr viel mehr über die Zukunft des Landes entscheiden als diese Wahl.

## Bauarbeiter: Über ihren Tod „im Dienst“ wird geschwiegen

Schon wieder ist die Zahl tödlicher Arbeitsunfälle auf Baustellen gestiegen. 76 Bauarbeiter sind im letzten Jahr ums Leben gekommen – offiziell.

Viele dieser Toten hätten verhindert werden können: wenn der ständige Zeitdruck nicht wäre, das chaotische System aus Sub- und Subsubfirmen und vor allem der Druck auf die Arbeiter, auch ohne vernünftige Sicherheitsmaßnahmen zu arbeiten – aus Angst, sonst die Arbeit zu verlieren und die Familie nicht mehr versorgen zu können.

Für den im Dienst getöteten Polizisten (dem ersten Toten seit zwei Jahren) organisierte die Regierung eine große Trauerfeier – nicht aus echter Anteilnahme, sondern weil man mit seinem Tod Politik machen wollte.

Über die Arbeiter hingegen, die für ein krankes Profitsystem sterben müssen, hält man lieber keine großen Reden. Sonst könnte ja noch jemand auf die Idee kommen, dass sich etwas ändern muss.



## Streik in Klinik-Subfirmen: Niedriglöhne? Es reicht!

Seit fast zwei Monaten streiken mehrere hundert Arbeiter\*innen – aus der Reinigung, dem Lager, der Küche, dem Transport – an den drei Unikliniken Regensburg, Würzburg und Erlangen.

Vor vielen Jahren wurden sie alle in Subfirmen ausgelagert. Seitdem bekommen die insgesamt 2.400 Arbeiter\*innen nicht mehr den Lohn des Öffentlichen Dienstes, sondern bis zu 900 Euro weniger – und viele obendrein nur Teilzeit-Verträge. Als jetzt die Preise so krass gestiegen sind, dass viele einen Zweit- oder sogar Drittjob annehmen mussten, hat dies das Fass zum Überlaufen gebracht.

Mehrfach haben die Klinikvorstände versucht, den Streik verbieten zu lassen. Einzelnen Streikenden haben sie sogar gekündigt, anderen mit Abmahnungen oder Versetzung gedroht. Dann haben sie versucht, den Streik mit Hilfe einer Fremdfirma zu brechen.

Doch die Arbeiter\*innen haben trotzdem weitergestreikt. Und mittlerweile hat der erste Vorstand nachgegeben und den Streikenden ein erstes Angebot gemacht, bei dem die Löhne der Arbeiter\*innen über drei Jahre hinweg wieder an den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes angeglichen würden. Ein erster großer Erfolg!



## BP: Ein Auge zudrücken... oder auch zwei

In der Raffinerie von BP in Gelsenkirchen entstehen giftige und krebserregende Ölpellets als Abfall. Um den so günstig wie möglich loszuwerden, hat BP zwischen 2010 und 2013 einen „Müllmakler“ engagiert. Und der hat 30.000 Tonnen Pellets mit dem LKW an den Niederrhein gefahren und sie dort einfach in eine Grube gekippt, wodurch die Giftstoffe ins Grundwasser gelangten.

Nach zehn Jahren ist der Müllmakler zwar jetzt endlich zu einer Haftstrafe verurteilt worden. Doch obwohl dieser sogar ausgesagt hat, dass BP davon wusste, wurde gegen den Konzern nicht einmal ermittelt. Denn die Gesetze schützen die Konzerne und erlauben es ihnen, die Verantwortung für ihre Drecksarbeit einfach auszulagern.

Noch immer muss übrigens fortwährend Sickerwasser aufgefangen werden, um eine Verseuchung des Grundwassers zu verhindern. Das bezahlt weder BP noch einer seiner Mittelsmänner. Das bezahlen wir mit unseren Steuergeldern.

## Amazon: Goldene 30 Jahre

Vor genau 30 Jahren – am 5. Juli 1994 – wurde Amazon von Jeff Bezos gegründet. 30 Jahre später hat er durch Amazon 206 Milliarden Euro Vermögen angehäuft.

Da weiß man, warum weit über eine Million Lagerarbeiter und Paket-Auslieferer zu Niedriglöhnen und im Akkord schufteln müssen: Irgendwie muss Bezos ja schließlich dafür sorgen, dass seit 30 Jahren jede Minute weitere 13.056 Dollar auf seinem Konto landen. Eine Summe, für die jeder Arbeitende bei Amazon hier... weit über ein halbes Jahr arbeiten muss

## Arbeiter-Feinde Deutschlands

Die AfD hat im Bundestag den Antrag gestellt, den Mindestlohn für ausländische Saisonarbeiter abzuschaffen, die auf deutschen Bauernhöfen z.B. Spargel, Äpfel, Hopfen oder Wein ernten.

In ihrer Begründung hat die AfD erklärt, der Mindestlohn wäre viel zu hoch (!) und würde „deutsche Betriebe zugrunde richten“, nicht nur in der Landwirtschaft. *„Italienische Betriebe kennen gar keinen Mindestlohn!“*.

Kein Wunder: Die Einführung eines Mindestlohns hat die – ebenfalls rechts-extreme – italienische Regierung Meloni ja gerade erst verhindert. Da wissen wir, was die AfD für uns alle plant.

Ihr Angriff auf die ausländischen Arbeiter ist (wie so oft) nur der erste Schritt, um dann uns alle anzugreifen.

## Zurück in die Vergangenheit?

Die Regierung in Griechenland führt gerade wieder die 6-Tage-Woche ein!

Dabei arbeiten die Menschen in Griechenland schon jetzt mehr Stunden im Jahr als in jedem anderen Land Europas, nicht zuletzt wegen der niedrigen Löhne. Und nun will die konservative Regierung den Unternehmen auch noch erlauben, ihre Arbeitenden „bei Bedarf“ zu zwingen, noch einen Tag mehr die Woche auszubeuten. Der Vorwand: „Fachkräftemangel“.

Zynischer geht es kaum: Erst haben sie in den Jahren nach der Eurokrise massenhaft Leute entlassen. Und nun benutzen sie die fehlenden Leute, den „Fachkräftemangel“ in den Betrieben als Ausrede... damit die Übriggebliebenen noch mehr arbeiten.

Das kommt einem irgendwie bekannt vor.

## Wollen Sie uns erreichen?

### DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

**E-Mail:** [das-rote-tuch@gmx.de](mailto:das-rote-tuch@gmx.de)

**Telefon:** 0151-55570980

[www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org](http://www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org)

*Das Rote Tuch kann man auch  
abonnieren, für 14 € pro Jahr!*